

Brexit in Sicht? Halbzeit im Austrittsverfahren des Vereinigten Königreiches
Restaurant „Zeitfür“ im Landtag, Hannover
8. März 2018, 18:00 – 20:30 Uhr

Am 29. März 2019 wird es soweit sein. Nach 46 Jahren Mitgliedschaft wird das Vereinigte Königreich die Europäische Union (EU) verlassen. Am 23. Juni 2016 hatten die Brit_innen mit knapper Mehrheit für den Brexit gestimmt. Aber längst ist noch nicht alles geklärt. Den Verhandler_innen der EU und des Vereinigten Königreichs bleibt ein halbes Jahr, bis etwaige Verträge vom britischen House of Commons und dem Europäischen Parlament abgesegnet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund veranstalteten das Europäische Informationszentrum Niedersachsen und das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Brexit in Sicht? Halbzeit im Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs“.

In ihrer Einführung schilderte Birgit Honé, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen betreffe. Gleichzeitig würden auch im Kleinen regionale Verbindungen aufgeknöpft. Besonders Niedersachsen sei eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden. Nach dem zweiten Weltkrieg habe die britische Besatzungsmacht dieses Bundesland gegründet und damit eine Erfolgsgeschichte begonnen: aus Besatzer_innen seien Freund_innen geworden, die ein vielfältiges Miteinander lebten, so die Ministerin. Honé betonte, dass der Brexit einen gewissen Bruch in den Beziehungen darstelle.

Das Ziel für die Zeit nach dem Brexit sei eine friedliche und solidarische Zusammenarbeit. Dieser Prozess werde aber durch die komplizierten Verhandlungen und unrealistischen Ansichten des Vereinigten Königreichs erschwert. Auch wenn der Europäische Rat am 15. Dezember 2017 die zweite Verhandlungsphase eingeläutet habe, seien viele Fragen immer noch ungeklärt. Honé erwartet, dass es ein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geben werde, welches dem „Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union“ (CETA) ähnele. Allerdings habe es mehr als vier Jahre gedauert, dieses Abkommen auf die Beine zu stellen. Jetzt habe man aber höchstens ein Jahr Zeit, um ähnliches zu erreichen.

Besonders die Frage, wie der sich abzeichnende Grenzkonflikt zwischen Irland und Nordirland gelöst werden könne, beschäftigt Ministerin Honé. Nach Jahren der Gewalt hatten die



Ministerin Birgit Honé

Bürger_innen Irlands und Nordirlands mit dem Karfreitagsvertrag entschieden, dass die Grenze zwischen beiden Ländern ohne Grenzkontrollen passierbar sein müsse. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Zollunion hätte aber zur Folge, dass wieder Grenzkontrollen eingeführt würden.

Auch der Zusammenhalt des Vereinigten Königreichs sei gefährdet, da nicht nur Nordirland von offenen Grenzen profitieren würde, sondern auch Schottland immer wieder mit dem Unabhängigkeitsgedanken spielt. Der Brexit stelle somit für den inneren Zusammenhalt des Vereinigten Königreichs eine noch nie dagewesene Herausforderung dar. Auch die EU könnte dadurch gefährdet werden.

Die Leiterin des Büros der Friedrich Ebert Stiftung in London, Nicole Katsioulis, erläuterte in ihrer Einführung, dass nur knapp 52% der Brit_innen beim Referendum gegen den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU gestimmt haben. Auch die beiden großen Parteien vertraten jeweils keine geschlossene Meinung nach Außen, was das Vertrauen in die Politik weiter geschwächt habe. So sei zum Beispiel die ehemalige Brexit-Kritikerin Theresa May nun zur Vertreterin der Brexit-Regierung geworden, während der EU-kritische Labourchef Jeremy Corbyn mittlerweile für den Verbleib in der Zollunion werbe. Trotzdem scheinen sich wenige aus der Politik zu trauen, den Brexit als grundlegend schlecht zu bezeichnen.



Nicole Katsioulis

Katsioulis betont, dass das Vereinigte Königreich nicht alle Forderungen bezüglich des Austritts erreichen könne und auch zu Zugeständnissen bereit sein müsse. Es werde nicht zu verantworten sein, dass das Land alle Vorteile weiter ausnutzen könne, ohne ihr auch anzugehören und Beiträge zu bezahlen. Die führenden Unterstützer_innen des Brexits würden so mit der Zukunft ihres Landes und der Bürger_innen spielen. Die ‚Rosinenpickerei‘ der britischen Verhandler_innen erschwere den Einigungsprozess und bevorzuge vor allem den großen wirtschaftlichen Sektor und den Finanzmarkt in London. Britische Bürger_innen profitierten allerdings nicht von komplizierten Verhandlungen, sondern warteten auf konkrete Ergebnisse.



Professor Karl Koch

Professor Karl Koch von der South Bank University in London weist zunächst den Vorwurf zurück, dass die Brit_innen schon immer eigen gewesen sein. Er stimme dem zu, dass das Vereinigte Königreich seine eigene Kultur habe, aber betonte auch, dass alle anderen 27 Mitgliedsstaaten eigene Kulturen hätten.

Die Frage des Brexit sei allerdings für viele Brit_innen eine Frage der Souveränität. Laut Koch seien unter bestimmten Umständen auch weitere ‚Exits‘ in anderen Staaten möglich. Besondere Risikofaktoren seien zum Beispiel große Ungleichheiten in der Gesellschaft, wie es sie auch im Vereinigten Königreich gebe. Die Lebenslagen auf dem Land und in der Stadt seien nicht

vergleichbar und es gebe deutliche Unterschiede.

Außerdem fühlten sich viele Brit_innen häufig nicht als Europäer_innen, sondern nur ihrem Landesteil und dem Vereinigten Königreich zugehörig. Auch die symbolische Bedeutung des Commonwealth und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten sei nicht zu unterschätzen. Die Briten seien zudem laut Koch genau wie viele andere Nationen sehr freiheitsliebend.



Bernd Lange MdEP

Bernd Lange MdEP betonte, dass das Vereinigte Königreich in einer globalisierten Welt wenig Macht habe. Deswegen sei es für beide Seiten jetzt wichtig, einen funktionierenden Handelsvertrag abzuschließen, der weder die eine noch die andere Seite bevorzuge. Lange erwartet keine Zollgrenze, da diese die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs noch weiter in Gefahr bringen würde. Trotzdem gebe es Stimmen im Vereinigten Königreich, die erwarten, als Staat ohne Verbindungen zur EU behandelt zu werden, aber weiterhin die Vorzüge der Mitgliedschaft zu genießen. Diese Art von ‚Rosinenpickerei‘ lasse sich in unterschiedlichsten Aspekten wiederfinden.

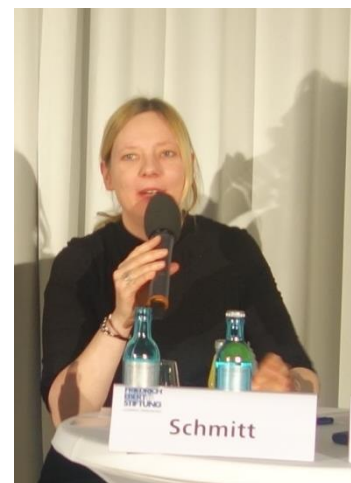
Aber auch wenn das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union austritt, seien die Bürger_innen immer noch als Europäer_innen willkommen.

In der anschließenden Diskussion, die von Cosima Schmitt moderiert wurde, kam die Frage auf, warum die Brit_innen den Brexit überhaupt wollten. Katsioulis beantwortete die Frage damit, dass viele Bürger_innen sich zurückgelassen gefühlt hätten und vom ‚Establishment‘ in London enttäuscht gewesen seien. Viele innenpolitische Probleme wie die unzureichende Gesundheitsversorgung oder der angespannte Wohnungsmarkt sind laut Katsioulis ausschlaggebend für das Brexit-Votum gewesen. Koch betonte, dass besonders Labour sich zu wenig gegen den Brexit engagiert habe. Die Debatte sei fast ausschließlich von den konservativen Tories geführt worden.

Mittlerweile sei auch im Vereinigten Königreich die Erkenntnis gewachsen, dass der Brexit nicht automatisch alle innerpolitischen Probleme lösen werde. Allerdings sei es so, dass es im Moment keine realistische Alternative gebe, die genügend Bürger_innen unterstützen würden. Die EU müsse einen fairen Ausgleich mit dem Vereinigten Königreich erreichen. Sogar die Wirtschaft im Land warne vor dem Austritt, aber die Politik sehe sich gezwungen, nun ihre Linie weiterzuführen.

Auch die Sonderrechte für Nordirland spielten in der Diskussion eine große Rolle. Sobald ein Landesteil eine Ausnahmeregelung erhalte, könnten in den anderen Landesteilen ähnliche Forderungen laut werden. Selbst die Spaltung des Vereinigten Königreiches sei nicht mehr so unrealistisch wie zuvor.

Für die Bürger_innen der verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten würden sich einige Dinge ändern, die aber nicht unmittelbar



Cosima Schmitt

spürbar seien. So werden dem EU-Haushalt viele Mittel fehlen, so dass an anderen Stellen wiederum gespart werden müsse. Auch Unternehmen würden an den Folgen des Brexit leiden. Bis zu 0,2% Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts werden als Folgen erwartet, so die Ministerin. Bis 2019 werden die Bürger_innen aber von direkt spürbaren Folgen des Austritts verschont bleiben, da erst in diesem Jahr der Brexit tatsächlich stattfinden solle. Es sei zu erwarten, dass EU-Bürger_innen einen Sonderstatus im Vereinigten Königreich erhalten. Sollte es zu keinem Abkommen dieser Art kommen, haben EU-Bürger_innen den gleichen Status wie Bürger_innen von Nicht-EU-Staaten.

Ein Brexit ohne Vertrag sei sehr unwahrscheinlich, aber möglich – so Bernd Lange MdEP. In diesem Fall würden alle gemeinsamen Programme automatisch auf Eis gelegt werden und das Vereinigte Königreich wie jedes andere Land behandelt werden. In diesem müssten auch Zölle wieder eingeführt werden.

Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass beim Brexit zu viel an die Wirtschaft und zu wenig an die Menschen im Vereinigten Königreich gedacht worden sei. Diesem Punkt stimmten die Podiumsgäste zu.

In der Abschlussrunde sprach sich das Podium dafür aus, alle Bürger_innen des Vereinigten Königreichs mit Respekt zu behandeln, auch wenn sie der EU den Rücken gekehrt haben. Sie forderten besonders junge Menschen dazu auf, Brücken zu bauen, um zukünftig eine wechselseitige Freundschaft aufrecht zu erhalten.